

Für echte soziale Gerechtigkeit – Leistungsträger stärken, Arbeit belohnen, Arbeitssuchende unterstützen

Deutschland geht es so gut wie nie zuvor. Die Beschäftigung ist auf dem höchsten Stand seit 25 Jahren, unsere Wirtschaftsleistung ist auf einem ungebrochen hohen Niveau, wir machen seit Jahren keine neuen Schulden, die Steuereinnahmen sprudeln. Dieser andauernde Erfolg ist der Erfolg der vielen Menschen in unserem Land, die jeden Tag früh aufstehen, hart arbeiten, Steuern zahlen, sich um ihre Familien kümmern, sich ehrenamtlich engagieren und den sozialen Zusammenhalt stärken. Diese Menschen sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Sie gehören in das Zentrum der Politik und dürfen nicht zur vergessenen Mitte werden in unserem Land. Für sie muss der Staat die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit sie frei und sicher leben können und damit es sich für sie lohnt, Leistung zu erbringen. Es muss einen Unterscheid machen, ob man arbeiten geht oder nicht. Das ist ein Grundprinzip der sozialen Gerechtigkeit.

Wir als CSU im Bundestag treten deshalb dafür ein, dass die Leistungsträger in unserem Land nicht mit Steuern und Abgaben bestraft, sondern am Erfolg Deutschlands beteiligt werden. Dafür setzen wir die Netto-Frage wieder auf die Agenda der Politik – und sagen klar: Die einzig richtige Antwort auf Rekordsteuereinnahmen sind Entlastungen. Denn solide Finanzen bedeuten nicht, Rekordsteuereinnahmen staatlich zu konsumieren, sondern Einnahmen und Ausgaben, Steuern und Entlastungen im Gleichgewicht zu halten. Dieses Gleichgewicht stimmt im Moment nicht. Das wollen wir ändern. Denn nur mit der hart arbeitenden Mehrheit der Menschen in unserem Land kann der Wohlstand Deutschlands erhalten und weiter ausgebaut werden.

Auf der anderen Seite müssen die Menschen in unserem Land sich auch darauf verlassen können, dass der Staat ihnen in Notlagen und bei besonderen Herausforderungen zur Seite steht. Wer Hilfe benötigt, muss diese auch erhalten. Dafür steht Deutschland mit einem der besten Sozialsysteme der Welt. Unser Ziel ist es aber, dass möglichst wenige Menschen auf diese Hilfe angewiesen sind. Denn ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben sollte auf den eigenen Beinen und nicht an der Hand des Sozialstaates stattfinden. Wir bekennen uns daher uneingeschränkt zur Agenda 2010 als einem erfolgreichen Sozialprojekt der letzten Jahrzehnte. Das Konzept des „Forderns und Förderns“ hat Millionen Menschen in Arbeit gebracht und aus staatlicher Abhängigkeit herausgeführt. Diese Erfolge wollen wir fortschreiben.

- **Wir wollen freiwilliges Engagement für unsere Gesellschaft stärker honorieren.** Dazu wollen wir ein Zukunftskonto für all diejenigen jungen Menschen einrichten, die bis zu ihrem 27. Lebensjahr in einem Bundesfreiwilligendienst oder im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres einen gesellschaftlichen Beitrag geleistet haben. Je nach Dauer des Engagements sollen auf diesem Konto bis zu 3.500 Euro bereitgehalten werden, die dann zweckgebunden zu Ausbildungszwecken (Berufsausbildung, Studium, Führerschein etc.)

oder zu Weiterbildungszwecken, beispielsweise auch im Ausland, abgerufen werden können. Damit wollen wir die Bereitschaft junger Menschen stärken, sich für unser Land zu engagieren, und gleichzeitig deutlich machen, welchen Stellenwert gesellschaftliches Engagement in Deutschland hat.

- **Wir wollen eine Steuerbremse einführen.** Der Staat muss nicht nur eine Ausgaben-, sondern auch eine Einnahmendisziplin gegenüber seinen Bürgern einhalten. Es war richtig, dass wir in Deutschland vor fast zehn Jahren eine Schuldenbremse eingeführt haben, um ausgeglichene öffentliche Haushalte zu erreichen und künftigen Generationen eine Zukunft ohne Altlasten zu ermöglichen. Jetzt brauchen wir auch eine Brandmauer gegen die Steuer- und Abgabenlast der Menschen in unserem Land. Es muss klar sein, dass der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands und die damit von Jahr zu Jahr weiter steigenden Steuereinnahmen auch denen zurückgegeben werden, die dafür hart gearbeitet haben. Wir wollen, dass künftig in jedem Jahr auf Grundlage der Frühjahrs-Steuerschätzung konkrete Maßnahmen geprüft und ergriffen werden, um die steuerliche Belastung der Menschen nicht weiter steigen zu lassen. Bei entsprechender Einnahmelage müssen auch konkrete Entlastungen umgesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir eine Verpflichtung des Gesetzgebers, neue Ausgaben abzuwägen gegen Entlastungen. Jede neue Ausgabe muss zeigen, dass sie besser wirkt, als eine Entlastung. Konkret soll dafür in Zukunft bei neuen Ausgabenmaßnahmen begründet werden müssen, dass der positive Effekt der geplanten Ausgabe den Effekt einer alternativen Entlastungsmaßnahme übersteigt. Wir brauchen in Deutschland das klare Signal: Dieser Staat entlastet überall dort, wo er kann.
- **Wir wollen den Solidaritätszuschlag schnell und endgültig abschaffen.** Fast drei Jahrzehnte nach der Deutschen Einheit ist es an der Zeit für eine komplette Abschaffung des Soli. Die Politik hat den Menschen in unserem Land immer wieder versprochen, dass der Soli befristet erhoben wird. Daran muss sie sich halten. Mit unseren Koalitionspartnern haben wir deshalb festgelegt, dass wir den Soli schrittweise abschaffen und noch in dieser Wahlperiode mit einem deutlichen ersten Schritt beginnen. Dieser erste Schritt darf nicht auf die lange Bank geschoben, sondern muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Gleichzeitig fordern wir, mit der Umsetzung des ersten Schrittes ein konkretes Enddatum und einen verbindlichen Fahrplan für die komplette Abschaffung des Soli festzulegen. Denn: Der Soli gehört nicht mehr auf die Gehaltsabrechnung der Menschen, sondern in die Geschichtsbücher unseres Landes.
- **Wir wollen weitere Entlastungen bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung.** Sozialkassen sind keine Sparkassen. Wenn die Rücklagen der Arbeitslosenversicherung steigen, müssen wir den Beitragszahlern etwas zurückgeben. Wir haben deshalb durchgesetzt, dass der Beitragssatz zum 1. Januar 2019 deutlich stärker gesenkt wurde als im Koalitionsvertrag vereinbart – um 0,5 statt 0,3 Prozentpunkte auf 2,5 Prozent. Dabei darf es aber nicht bleiben. Wenn die Rücklagen der Arbeitslosenversicherung weiter steigen, muss der Beitragssatz noch in dieser Wahlperiode erneut gesenkt werden.
- **Wir wollen die „Steuererklärung mit einem Klick“.** Neben Steuern und Abgaben an sich belasten gerade auch bürokratische Verfahren die steuerzahlenden Menschen in unserem Land. Aus unserer Sicht muss der Staat es den Bürgerinnen und Bürgern so einfach wie möglich machen, ihrer Steuerpflicht nachzukommen. Deshalb wollen wir, dass die

Finanzbehörden den Steuerzahlern künftig die jährliche Steuererklärung komplett vorausgefüllt zur Verfügung stellen, so dass sie im Regelfall nur noch auf Richtigkeit und Vollständigkeit kontrolliert werden muss und dann „mit einem Klick“ freigegeben werden kann. Technisch ist diese Lösung, mit der durchschnittliche Steuerzahler weitestgehend von der Mühe der Erstellung ihrer Steuererklärung befreit werden können, bereits seit Jahren möglich. Jetzt muss sie endlich auch umgesetzt werden. Das gleiche gilt für die Beantragung des Kindergeldes. Die derzeitige Praxis, dass Eltern das Kindergeld beantragen müssen, auf das sie ab der Geburt des Kindes einen Anspruch haben, ist eine unnötige Belastung in einer für Eltern ohnehin fordernden Zeit. Wir fordern deshalb ein antragsloses Verfahren.

- **Wir wollen mehr Unterstützung für pflegende Angehörige.** Wer die Pflege eines Angehörigen übernimmt, leistet auch einen großen Dienst an unserer ganzen Gesellschaft. Dabei sind pflegende Angehörige oftmals ganz besonderen Belastungen ausgesetzt und müssen in vielen Fällen ihre eigene berufliche Entwicklung sowie ihr Privatleben zurückstellen. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass künftig auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern erst ab einem Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr für Pflegeleistungen zurückgegriffen werden darf. Diese Regelung wollen wir bis Mitte 2019 umsetzen. Außerdem werden wir in diesem Jahr die Angebote in der Kurzzeit- und Verhinderungspflege deutlich verbessern. Mit dem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz haben wir bereits den Berufsalltag der Pflegekräfte verbessert und somit ebenfalls mehr Unterstützung für pflegende Angehörige geschaffen.
- **Wir wollen die Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rente vollkommen gleichstellen.** Seit dem 1. Januar 2019 erhalten rund 9,7 Millionen Mütter mehr Rentenleistung; denn wir haben gegen alle Widerstände die Mütterrente II durchgesetzt. Für uns war und ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Erziehungszeiten von Müttern für die Rente anerkannt werden – unabhängig davon, ob die Kinder vor oder nach 1992 geboren worden sind. Die Leistung, die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder erbringen und dafür zumindest vorübergehend ihrem Beruf nicht nachgehen, ist gesellschaftlich hoch anzuerkennen und dementsprechend auch bei der Altersversorgung zu berücksichtigen. Eltern von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, erhalten jetzt zusätzlich zu den bisherigen zwei Entgeltpunkten einen weiteren halben Rentenpunkt. Wir wollen nun auch den letzten Schritt gehen und eine vollständige Gleichstellung erreichen. Dazu wollen wir einen klaren Fahrplan zur Mütterrente III.
- **Wir setzen auf das Sozialstaats-Prinzip „Fordern und Fördern“.** Wer Sozialleistungen bezieht muss Gegenleistungen erbringen. Das ist alleine schon eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber der Gemeinschaft, die Arbeitsuchende in einer schweren Zeit trägt. Eine bedingungslose Garantiesicherung für jeden ist leistungsfeindlich und setzt keine Anreize, zurückzufinden in ein rundum selbstbestimmtes Leben. Die sozialste Politik ist deshalb diejenige, die Menschen nicht in Abhängigkeiten hält, sondern sie fit macht für den Arbeitsmarkt. Wir wollen deshalb die Erfolge der Agenda 2010 fortschreiben. Dazu gehört insbesondere auch das klare Prinzip „Fordern und Fördern.“ Wir setzen daher auf maximale Unterstützung für die, die sich anstrengen – unter anderem mit Coachings für Betroffene und ihre Familien sowie mit starken Lohnkostenzuschüssen – und halten fest an dem Instrument der Sanktionen für diejenigen, die sich Arbeitsperspektiven verweigern. Denn Solidarität und Eigenverantwortung sind zwei Seiten einer Medaille.